

Nach dem Ende der regulären Amtszeit des algerischen Übergangspräsidenten Abdelkader Bensalah ist es in dem nordafrikanischen Land erneut zu Massendemonstrationen gekommen. Bensalah hat angekündigt, er werde im Amt bleiben, bis eine Präsidentschaftswahl organisiert werde. Die Proteste gehen deshalb weiter.

»Wir müssen viel Frustration überwinden«

Der Menschenrechtler Said Salhi über die Proteste der algerischen Bevölkerung und die Repression der Regierung

Seit fast einem halben Jahr gehen Algerierinnen und Algerier jeden Freitag für einen demokratischen politischen Wandel auf die Straße. Was haben die friedlichen Massenproteste bisher gebracht? Die Bewegung hat viel erreicht. Das Regime musste mehrmals zurückweichen. Zwei Versuche, Präsidentschaftswahlen nach ihren Vorstellungen abzuhalten, sind missglückt. Nur mit Mühe hat es eine Regierung zusammengezimmert. Die Bewegung ist in ihren Forderungen glasklar. Sie will den Wandel. Sie akzeptiert das System mit seinen alten Reflexen, Personen und Denkweisen und seinen eigenen Gesetzen nicht mehr.

Dennoch hält die derzeitige Führung des Landes an ihrem Plan fest, so schnell wie möglich Präsidentschaftswahlen abzuhalten und lehnt eine Übergangsphase strikt ab. Das Volk hat mit diesem System gebrochen und befindet sich bereits in der Übergangsphase. Die friedlichen Massenproteste zeichnen sich durch große Reife aus. Die Menschen wissen, was sie wollen und was sie nicht mehr wollen. Es ist an uns, diesen Willen und diese kollektive Hoffnung umzusetzen. Die Herausforderung besteht darin, diesen Umbruch unumkehrbar zu machen und ein neues politisches System zu schaffen. Dazu müssen stabile, legitime und glaubwürdige Institutionen gebildet werden.

Wie kann das gelingen?

Bisher will das Regime die Straße nicht hören. Genau deshalb fordern wir ein breites Bündnis in der Gesellschaft. Der Bewegung der Straße ist es gelungen, das System zu isolieren. Ihr haben sich nahezu alle Gruppen der Gesellschaft angeschlossen. Deshalb versucht das System, die Initiative wieder zu ergreifen, das Blatt wieder zu wenden. Wir haben eine historische Verantwortung, dies zu verhindern. Darum fordern wir eine breite Front von Zivilgesellschaft, Parteien und Persönlichkeiten. Zugegeben, das ist sehr schwer. Jahrzehntlang wurden wir immer gespalten und auseinandergerissen. Wir müssen viele Vorurteile, viel Frustration und auch viel Angst überwinden. Die Traumata unserer Geschichte lasten auf uns. Aber der einzige Weg sind Dialog, Verständigung und Kompromiss. Deshalb haben wir die Initiative ergriffen und die Zivilgesellschaft mobilisiert und zusammengebracht. Aber es besteht die Gefahr, dass die Bewegung erneut gespalten wird, dass ihr die Puste ausgeht, dass sie stigmatisiert wird. Das teuflische Manöver mit dem Verbot der Berberfahne auf den Demonstrationen ist solch ein Spaltungsversuch.

Wie groß ist die Gefahr der Spaltung?

Das Volk hat seine Stimme erhoben und seine Einigkeit wiedererlangt. Wir haben uns wiederentdeckt und unsere Gemeinsamkeiten wiedergefunden. Ich bin davon überzeugt, dass das, was uns heute verbindet, viel stärker ist. Es braucht den Gedankenaustausch, es braucht Debat-



Klare Ansage bei der Demonstration in Algier: Wir wollen einen zivilen Staat, keinen militärischen!

Foto: AFP



In Algerien haben die Menschen zunächst gegen Präsident Bouteflika demonstriert, der 82-Jährige legte dann Anfang April sein Amt nieder. Derzeit ist Abdelkader Bensalah Übergangspräsident. Die Proteste richten sich inzwischen gegen die gesamte algerische Führungselite, die Demonstranten fordern einen demokratischen Wandel. Mit Said Salhi, Vizechef der algerischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte, sprach Claudia Altmann über die Bewegung.

Foto: privat

ten auf breitester Basis, um ein Maximum an Garantien und Vorbedingungen zu erarbeiten. Unser gemeinsames Ziel ist der Bruch mit dem alten System und der Übergang zu einer neuen demokratischen, sozialen, zivilen und pluralistischen Republik, in der alle Algerierinnen und Algerier in Frieden und im gegen-

seitigen Respekt zusammenleben. Dazu müssen wir uns alle an einen Tisch setzen und unsere Meinungsverschiedenheiten zur Kenntnis nehmen, die ja in einer demokratischen Gesellschaft völlig normal sind. Wir als Zivilgesellschaft arbeiten seit langem daran, die Idee einer nationalen Konferenz in die Tat umzuset-

zen. Das Ergebnis war das Treffen vom 16. Juni, an dem Vertreter von etwa 80 Vereinen, Organisationen und Gewerkschaften – sie repräsentieren nahezu das gesamte Spektrum der Gesellschaft – ein Positionspapier für einen demokratischen Übergang verabschiedet haben. Das eigentliche Ziel muss eine nationale Konferenz gemeinsam mit den politischen Parteien sein. Nur so kann der erforderliche breite Konsens der Gesellschaft erreicht werden. Nur so können wir ein Kräfteverhältnis zugunsten des demokratischen Wandels erreichen und garantieren, dass diese Bewegung seine Stärke und seine Geschlossenheit bewahrt.

Welchen Platz nehmen dabei die Islamisten ein?

Auch sie sind Teil dieser Bewegung, die ja wirklich alle politischen Richtungen auf die Straße bringt. Unser Ansatz ist sehr einfach: Lasst uns von unseren gemeinsamen traumatisierenden Erfahrungen ausgehen, den

Bürgerkrieg in den 1990er Jahren, den Berberaufstand 2001. Wir können nichts aufbauen, wenn wir ständig den Anderen ausgrenzen. Uns tut sich gerade die Chance auf, in all unserer Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit respektvoll miteinander zu leben. Dazu müssen wir aber zunächst eine gemeinsame Grundlage schaffen. Die ideologischen Fragen können wir später auf die Tagesordnung setzen. Jetzt geht es darum, das Verbindende zu bewahren. Und dazu gehören auch die Islamisten, vorausgesetzt, dass auch sie niemanden ausgrenzen. Wir wollen ein pluralistisches Algerien, in dem Platz für alle ist, für Demokraten, Islamisten, Laien, Kommunisten und Kapitalisten, für jeden.

»Wir wissen doch, wer im Moment tatsächlich die Macht ausübt: Das ist die Armee.«

Sie fordern, dass die Armee sich entweder unverzüglich aus der Politik heraushält und den politischen Kräften das Feld überlässt oder aber offen zu seiner Verantwortung steht, die Krise zu managen und rasch direkt mit dem Volk die Machtübergabe verhandelt.

Wir wissen doch, wer im Moment tatsächlich die Macht ausübt: Das ist die Armee. Wir unsererseits sind offen für den Dialog mit allen. Aber wir bestehen auf Rahmenbedingungen. Dieses Feld muss klar abgesteckt werden. Und für uns kann es keinen Dialog geben, ohne die Öffnung der politischen Landschaft für alle, ohne individuelle Freiheiten, ohne die Aufhebung der Restriktionen, der die Bewegung ausgesetzt ist. Bei jeden Freitagsmärschen sind die Menschen Repressionen ausgesetzt. Demonstrierende werden festgenommen. Das Recht auf Versammlung und Zusammenkunft wird verletzt. In diesem Klima der Angst, der Einschüchterung und diktatorischen Gewaltausübung kann man nicht miteinander reden. Das alles zeigt, dass das Regime nicht zum Dialog bereit ist und keine politische Lösung herbeiführen will.

In den vergangenen Wochen wurden Dutzende Demonstrierende festgenommen und ins Gefängnis geworfen.

Ja, und der Gipfel ist, dass sie in derselben Haftanstalt sind, in der auch all jene sitzen, die der »Bande« angehören, die das Land ausgeplündert hat. Das zeigt die ganze Verwirrung, die gerade herrscht. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung jener, die wegen ihrer offenen Meinungsäußerung und ihrer politischen Ansichten im Gefängnis sitzen. Das ist eine unserer Bedingungen für den Dialog. Man kann nicht an einer politischen Lösung arbeiten und gleichzeitig Menschen ins Gefängnis werfen. So baut man keine offene Gesellschaft, in der jeder frei seine Meinung sagen kann und die Rechte und Freiheiten der Anderen respektiert werden.

Die Regierung versperrt den Weg

Langjähriger Diplomat sieht im jetzigen Kabinett das Haupthindernis für eine politische Lösung / 1000 Anwälte demonstrieren gegen Verhaftungen

Auch am 21. Protestfreitag waren in Algier Hunderttausende Menschen auf der Straße. Alle Versuche des Regimes, die Demonstrationen zu erschweren, blieben bisher ohne durchschlagende Wirkung.

Von Claudia Altmann, Algier

Algeriens Regime ist erfinderisch, wenn es darum geht, die Bevölkerung von der Teilnahme an den freitäglichen Massendemonstrationen abzuhalten. Jüngste Methode: Motoröl an Algiers Straßenlaternen und auf den ein Meter hohen Mauerumfassungen von Metro-Eingängen. Damit sollte am vergangenen Freitag verhindert werden, dass Demonstrierende Flaggen

hissen, vor allem die inzwischen von der Armee auf den Märschen verbotene Fahne der Berber, oder weithin sichtbar ihre Plakate hochhalten. »Jetzt knallen sie völlig durch«, kommentierte ein Demonstrant fassungslos das Szenario.

Parallel dazu waren die als Marschrouten bekannten Hauptverkehrsadern der algerischen Innenstadt mit Polizeifahrzeugen zugestellt und die Zufahrtsstraßen zur Hauptstadt von der Gendarmerie blockiert. Bereits am Vormittag wurden Demonstrierende festgenommen, Taschenkontrollen durchgeführt und Schilder beschlagnahmt.

Dennoch waren in Algier und anderen Städten des nordafrikanischen

Landes auch an diesem 21. Protestfreitag wieder Hunderttausende Menschen auf den Straßen, um für einen grundlegenden Wandel des politischen Systems zu demonstrieren.

Auf Plakaten und in Sprechchören forderten sie einen »zivilen Staat und keinen militärischen«. Von einem zivilen Staat will aber Armeechef Ahmed Gaid Salah nichts wissen. In einer seiner vergangenen Reden hatte er all jene, die dies verlangten, als »Verräter« bezeichnet. Dass es nicht bei verbalen Drohungen bleibt, zeigen die zahlreichen Verhaftungen der vergangenen Wochen. Dutzende Demonstrierende sitzen im Gefängnis, weil sie die Berberfahne mit sich geführt oder die Einmischung der Ar-

mee in die Politik kritisiert haben. Am vergangenen Donnerstag zogen etwa 1000 Anwältinnen und Anwälte vors Parlament und ein Gericht im Stadtzentrum und verlangten deren Freilassung.

Zu den Forderungen der Bewegung gehört nach wie vor der Rücktritt von Regierungschef Noureddine Bedoui und Übergangspräsident Abdelkader Bensalah. Dessen Amtszeit ist ohnehin seit Anfang vergangener Woche laut Verfassung abgelaufen. Ihm war es nicht gelungen, in den 90 Tagen seines Mandats Präsidentschaftswahlen zu organisieren. Aus Mangel an Kandidaten musste die für den 4. Juli anberaumte Abstimmung abgesagt werden.

Algerien befinde sich mit der Absage der Präsidentschaftswahlen in der »Spirale der politischen und konstitutionellen Leere«, stellte der Unterstützer der Volksbewegung und Ex-Minister Abdelaziz Rahabi in einem Zeitungsinterview fest. Der langjährige Diplomat ist zugleich Koordinator eines nationalen Dialoges von politischen Parteien und Vertretern der Zivilgesellschaft. »Präsidentschaftswahlen wird es erst mit vertrauensbildenden Maßnahmen geben und wenn die Menschen überzeugt sind, dass die Regierung ernsthaft transparente und faire Wahlen organisieren will«, sagte er im staatlichen Rundfunk. Das jetzige Kabinett sei jedoch das Haupthindernis

für eine politische Lösung. Einzig eine umfassende Einigung aller politischen Kräfte könne aus der Sackgasse führen.

Die Armee besteht dagegen weiter darauf, so schnell wie möglich einen neuen Präsidenten wählen zu lassen und »damit jenen den Weg zu verbauen, die eine Übergangsphase fordern«, heißt es in der jüngsten Ausgabe ihrer Monatszeitschrift »El Dscheich«. Diese Forderung von »Don Quichottes« sei eine »abenteuerliche Entscheidung« und würde »die Stabilität des Landes erschüttern.« Ungeachtet dessen sind für diese Woche neue Proteste angekündigt, was immer sich das Regime wieder einfallen lassen wird.